

Amtsblatt

Kreisstadt



Steinfurt

Ausgegeben am: 17.12.2020

Nr.: 33/2020

INHALT:

Lfd. Nr.	Titel	Seite
86/2020	Bebauungsplan Nr. 76a „südlich Eichenallee“ Aufstellung der Kreisstadt Steinfurt, Stadtteil Borghorst; hier: 1. Aufstellung gem. § 2 (1) BauGB 2. Durchführung der Frühzeitigen Beteiligung gem. § 3 (1) BauGB in der Zeit vom 08.01.2021 bis zum 22.02.2021.....	2
87/2020	Satzung zur Änderung der Gebührensatzung zur Satzung über die Abfallbeseitigung in der Stadt Steinfurt vom 14.12.2020 (7. Nachtrag)	7
88/2020	Gebührentarif vom 14.12.2020 gemäß § 1 Satz 2 der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung der Friedhöfe und der Bestattungseinrichtungen.	9
89/2020	Gebührentarif vom 14.12.2020 gem. §§ 4 Abs. 6, 5 Abs. 4 der Satzung über die Erhebung von Gebühren, Beiträgen und Kostenersatz zur Entwässerungssatzung der Kreisstadt Steinfurt.....	12
90/2020	S a t z u n g zur Änderung der Satzung zur Umlage der Kosten der Gewässerunterhaltung gem. § 64 LWG NRW der Kreisstadt Steinfurt vom 15.12.2017 (I. Nachtrag vom 14.12.2020).....	14
91/2020	S a t z u n g zur Änderung der Satzung über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren (Straßenreinigungs- und Gebührensatzung) im Gebiet der Kreisstadt Steinfurt (VIII. Nachtrag vom 14.12.2020)	16
92/2020	Entwurf der Haushaltssatzung der Kreisstadt Steinfurt für das Haushaltsjahr 2021	18
93/2020	Öffentliche Bekanntmachung über das Widerspruchsrecht gegen die Übermittlung von Daten gemäß §§ 36, 42 und 50 Bundesmeldegesetz (BMG) bzw. das Einwilligungserfordernis gemäß § 44 Absatz 3 Nr. 2 BMG	19

Bekanntmachung

Bebauungsplan Nr. 76a „südlich Eichenallee“ Aufstellung der Kreisstadt Steinfurt, Stadtteil Borghorst

hier: 1. Aufstellung gem. § 2 (1) BauGB
2. Durchführung der Frühzeitigen Beteiligung gem. § 3 (1) BauGB
in der Zeit vom 08.01.2021 bis zum 22.02.2021

1. Aufstellung gem. § 2 (1) BauGB

Der Rat der Kreisstadt Steinfurt hat in seiner Sitzung am 23.05.2019 den nachstehend aufgeführten Beschluss gefasst:

„Zur Sicherstellung einer geordneten städtebaulichen Entwicklung wird gem. § 2 (1) BauGB die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 76a „südlich Eichenallee“ beschlossen, der auch Festsetzungen über die äußere Gestaltung der baulichen Anlagen gem. § 89 BauO NRW enthält.

Der Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 76a wird wie folgt umgrenzt:

Nordwesten:

Durch die nordwestliche Grenze des Flurstückes 728; das Flurstück 257 durchschneidend und weiter durch ein ca. 130 m langes Teilstück der nordwestlichen Grenze des Flurstückes 720;

Nordosten:

vom zuvor genannten Punkt, rechtwinklig in südöstlicher Richtung abzweigend, das Flurstück 720 durchschneidend, bis auf dessen südöstliche Grenze;

Südosten:

vom zuvor genannten Punkt, in südwestlicher Richtung verlaufend, durch ein ca. 130 m langes Teilstück der südöstlichen Grenze des Flurstückes 720; das Flurstück 257 durchschneidend und weiter durch die südöstliche Grenze des Flurstückes 728;

Südwesten:

durch die südwestliche Grenze des Flurstückes 728.

Alle genannten Flurstücke liegen in der Flur 7, Gemarkung Borghorst.

Der Geltungsbereich ist im beigefügten Flurkartenausschnitt eindeutig dargestellt.

Der Planentwurf ist aufzustellen. Die Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 (1) BauGB und die Beteiligung der Behörden gem. § 4 (1) BauGB sind durchzuführen.“

2. Durchführung der Frühzeitigen Beteiligung gem. § 3 (1) BauGB in der Zeit vom 08.01.2021 bis zum 22.02.2021

Gemäß § 3 (1) BauGB wird das Verfahren zur frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit an der Bauleitplanung durchgeführt. Die allgemeinen Ziele und Zwecke der Planung werden öffentlich dargelegt und die voraussichtlichen Auswirkungen aufgezeigt.

Jedermann hat die Gelegenheit zur Äußerung und Erörterung. Der Entwurf des Bebauungsplanes nebst Begründung (inkl. Anlagen) liegen im Foyer des Rathauses, II. Obergeschoss, Emsdettener

Straße 40, 48565 Steinfurt, Stadtteil Borghorst, zur Einsichtnahme für die Bürgerinnen und Bürger, aber auch für Kinder und Jugendliche aus.

Es besteht die Möglichkeit, in der Zeit vom

08.01.2021 bis zum 22.02.2021

während der Dienststunden im Rathaus, Fachdienst Stadtplanung u. Bauordnung, Zimmer 238 bis 240, Emsdettener Straße 40, 48565 Steinfurt, Stadtteil Borghorst, Äußerungen zum Beispiel per E-Mail, schriftlich oder mündlich zu Protokoll vorzubringen.

Aufgrund der dynamischen Ausbreitung des Corona-Virus sind Besuche aktuell bis auf unbestimmte Zeit im Rathaus in der Zeit

Montag bis Freitag 08:00 bis 12:00 Uhr,

Montag und Donnerstag 14:00 bis 16:00 Uhr

nur nach telefonischer Vereinbarung möglich. Bitte melden Sie sich unter Telefon-Nummer 0 25 52 / 925 – 238 oder 237 an. Die gesetzlich vorgeschriebene Auslegungsfrist ist aufgrund der besonderen Umstände in Ausübung des pflichtgemäßen Ermessens um 2 Wochen ausgedehnt worden.

Nach Ablauf dieser Frist abgegebene Stellungnahmen können gemäß § 4a (6) BauGB bei der Beschlussfassung über die Änderung des Bebauungsplanes unberücksichtigt bleiben.

Folgende umweltbezogene Informationen liegen bereits vor und können eingesehen werden:

- Schalltechnisches Gutachten des Ingenieurbüros Richters & Hüls, Ahaus, vom 17.04.2020 mit Informationen zu den **Schallemissionen und -immissionen im Plangebiet und der näheren Umgebung**.
- Baugrundgutachten des Ing.-Büros de Reuter, Altenberge, vom 14.04.2020 mit einer Beurteilung der Baugrundverhältnisse u. Bewertung der Gründungsmöglichkeiten.
- Vorplanung zur Erschließung durch das Ingenieurbüro Tuttahs & Meyer, Bochum, mit Aussagen zur Entwässerung des Gebietes

Umweltinformationen zum **Schutzgut Boden**

- Kataster über altlastenverdächtige Flächen und Altlasten / Verzeichnis über schädliche Bodenveränderungen und Verdachtsflächen des Kreises Steinfurt,
- Karte der schutzwürdigen Böden (Geologischer Dienst NRW).

Gemäß § 4a (4) BauGB ist ergänzend zu der vorgenannten Beteiligung der Öffentlichkeit auch eine Einsichtnahme in die o. a. Unterlagen auf der Homepage der Kreisstadt Steinfurt unter der Adresse www.steinfurt.de, Rubrik „Aktuelle Bauleitplanverfahren“, möglich.

Übereinstimmungsbestätigung:

Gemäß § 2 (3) Bekanntmachungsverordnung (BekanntmVO) wird hiermit bestätigt, dass der Wortlaut des vorstehenden Beschlusses mit dem Beschluss des Rates vom 23.05.2019 übereinstimmt und dass nach § 2 (1) und (2) BekanntmVO verfahren worden ist.

Bekanntmachungsanordnung:

Gemäß § 2 (4) BekanntmVO wird die vorstehende Bekanntmachung hiermit angeordnet. Vorstehendes wird hiermit gem. § 3 (2) BauGB in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 2017 (BGBl. I S. 3634), in der zuletzt geänderten Fassung, und § 14 der Hauptsatzung

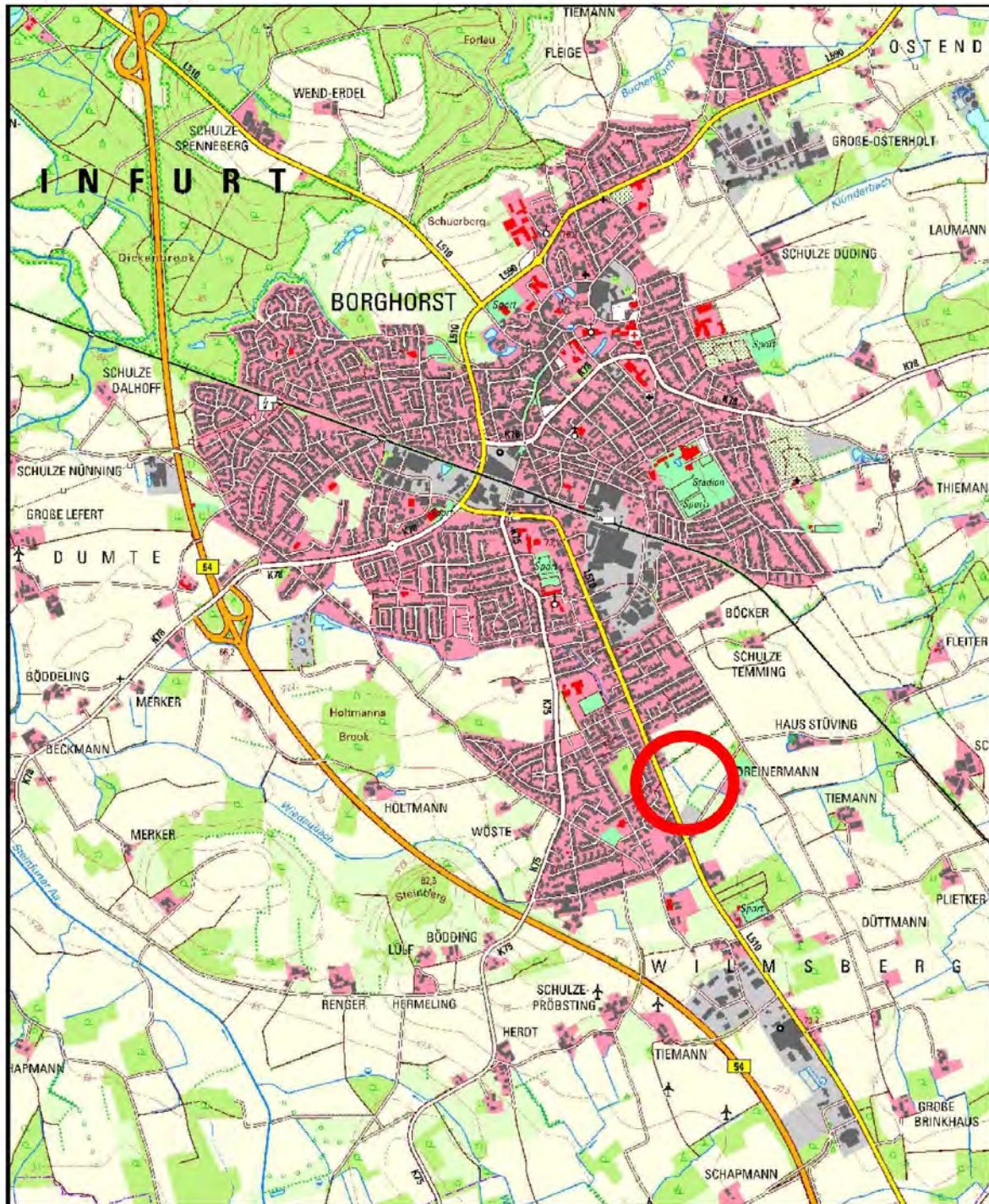
der Kreisstadt Steinfurt vom 28.03.2017 (Abl. 09/2017, S. 60 - 69), in der zuletzt geänderten Fassung, öffentlich bekannt gemacht.

Steinfurt, 14.12.2020

Kreisstadt Steinfurt
Die Bürgermeisterin
Az.: III/61/sb

gez. Bögel-Hoyer
Bürgermeisterin

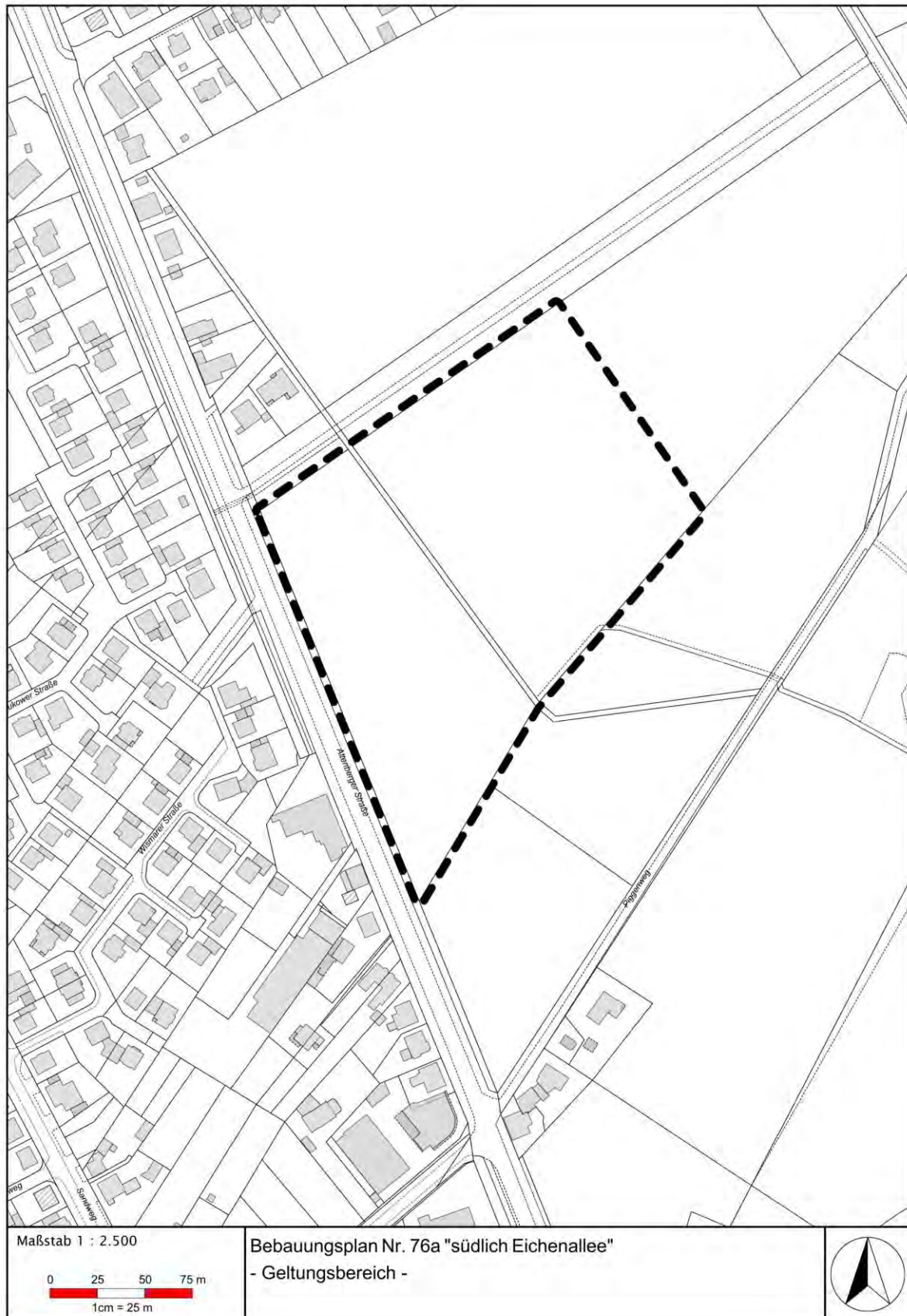
Kreisstadt Steinfurt, Stadtteil Borghorst
Bebauungsplan Nr. 76a „südlich Eichenallee“
Lage im Stadtgebiet



Kreisstadt Steinfurt
Fachdienst Stadtplanung und Bauordnung

Maßstab 1 : 25.000





Bekanntmachung

Satzung zur Änderung der Gebührensatzung zur Satzung über die Abfallbeseitigung in der Stadt Steinfurt vom 14.12.2020 (7. Nachtrag)

Aufgrund des § 7 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NRW, S. 666), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 29.09.2020 (GV NRW, S. 916), der §§ 1, 2, 4 und 6 des Kommunalabgabengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen vom 21.10.1969 (GV NRW, S. 712), zuletzt geändert durch Gesetz vom 19.12.2019 (GV NRW, S. 1029), und § 9 des Abfallgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (LAbfG) vom 21.06.1988 (GV NRW, S. 250), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 07.04.2017 (GV NRW, S. 442), hat der Rat der Stadt Steinfurt in seiner Sitzung am 10.12.2020 folgende Satzung zur Änderung der Gebührensatzung über die Abfallbeseitigung in der Stadt Steinfurt beschlossen:

Artikel I

§ 3 Abs. 3 erhält folgende Fassung:

Die Gebühr beträgt im Einzelnen:

Restabfall:

80-Liter-Gefäß (4-wöchentliche Leerung)	67,- €
60-Liter-Gefäß (14-tägliche Leerung)	83,- €
80-Liter-Gefäß (14-tägliche Leerung)	94,- €
120-Liter-Gefäß (14-tägliche Leerung)	115,- €
240-Liter-Gefäß (14-tägliche Leerung)	178,- €
1.100-Liter-Container (14-tägliche Leerung)	753,- €

Bioabfall:

40-Liter-Gefäß (14-tägliche Leerung)	52,- €
80-Liter-Gefäß (14-tägliche Leerung)	62,- €
120-Liter-Gefäß (14-tägliche Leerung)	73,- €
240-Liter-Gefäß (14-tägliche Leerung)	107,- €

Altpapier:

120-Liter-Gefäß (4-wöchentliche Leerung)	0,- €
240-Liter-Gefäß (4-wöchentliche Leerung)	0,- €
1.100-Liter-Container (14-tägliche Leerung)	0,- €

Bei anteiliger Inanspruchnahme wird nach der Anzahl der beanspruchten Tage abgerechnet (siehe auch § 2 Abs. 1).

Artikel II

§ 3 Abs. 5 erhält folgende Fassung:

Für die auf Anforderung des Abfallbesitzers gem. § 16 der Satzung über die Abfallentsorgung in der Stadt Steinfurt durchgeführte Sperrmüllabfuhr ist eine Gebühr von 20,00 € zu entrichten. Ausgenommen hiervon ist die Abfuhr von Elektrogroßgeräten. Die Gebühr ist vor der Durchführung der Sperrmüllabfuhr fällig und wird gegenüber dem Abfallbesitzer im Zusammenhang mit der Terminvergabe festgesetzt.

Artikel III

Diese Satzung tritt am 1. Januar 2021 in Kraft.

Bekanntmachungsanordnung

Die vorstehende Satzung wird hiermit gem. § 14 der Hauptsatzung der Kreisstadt Steinfurt vom 28.03.2017 (Abl. 09/2017, S. 60-69) in der zurzeit gültigen Fassung sowie gem. § 2 (4) der Bekanntmachungsverordnung vom 26.08.1999 (GV NRW. S. 516) in der zurzeit gültigen Fassung und des § 7 (4) der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen vom 14.07.1994 (GV NRW S. 666) in der zurzeit gültigen Fassung, öffentlich bekannt gemacht.

Es wird darauf hingewiesen, dass gem. § 7 (6) GO NRW die Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften dieses Gesetzes beim Zustandekommen dieser Satzung nach Ablauf eines Jahres seit dieser Bekanntmachung nicht mehr geltend gemacht werden kann, es sei denn

- a) eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt oder ein vorgeschriebenes Anzeigeverfahren wurde nicht durchgeführt,
- b) die Satzung, die sonstige ortsrechtliche Bestimmung oder der Flächennutzungsplan ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekannt gemacht worden,
- c) die Bürgermeisterin hat den Ratsbeschluss vorher beanstandet oder
- d) der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber der Gemeinde vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

Steinfurt, 14.12.2020

Az.: 20 12 12 / Ues

gez. Bögel-Hoyer
Bürgermeisterin

Bekanntmachung

Gebührentarif

vom 14.12.2020 gemäß § 1 Satz 2 der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung der Friedhöfe und der Bestattungseinrichtungen.

Der Rat der Stadt Steinfurt hat in seiner Sitzung am 10.12.2020 nachstehenden Gebührentarif beschlossen.

Nutzungsgebühren:

- | | |
|---|------------|
| 1. Reihengräber (30 Jahre) | |
| a) Erwachsene | 1.390,00 € |
| b) Kinder bis zu 5 Jahren | 570,00 € |
| c) Rasenreihengrab | 1390,00 € |
| 2. Grabstätten auf dem muslimischen Grabfeld
Kommunalfriedhof Burgsteinfurt (50 Jahre) | |
| a) Reihengrab | 2.317,00 € |
| b) Wahlgrabstätte je Stelle | 2.317,00 € |
| 3. Wahlgrabstätte (40 Jahre), je Stelle | 2.075,00 € |
| 4. Urnengrabstätte (30 Jahre) | 480,00 € |
| 5. Urnenrasenreihengrab (30 Jahre) | 480,00 € |
| 6. Urnenwahlgrabstätte (zur Beerdigung von bis zu zwei Urnen, 40 Jahre) | 640,00 € |
| 7. Urnenwahlgrabstätte (zur Beerdigung von bis zu drei Urnen, 40 Jahre) | 960,00 € |
| 8. Urnenwahlgrabstätte (zur Beerdigung von bis zu vier Urnen, 40 Jahre) | 1.280,00 € |
| 9. Grabstätte für Tot- und Fehlgeburten,
Leibesfrucht aus Schwangerschaftsabbruch | 190,00 € |
| 10. Urnenstele (eine Kammer für bis zu zwei Urnen, 30 Jahre) | 2.160,00 € |

zu Nr. 1 c), 5 und 10:

Die der Stadt jeweils entstehenden Bezugskosten für die Grabplatte und Inschrift sind gesondert zu erstatten.

Bei der Auswahl einer Rasengrabstätte (1c) und 5) ist zusätzlich die jeweilige Pflegegebühr gem. Nr. 17 zu entrichten.

Bestattungsgebühren:

11. Erdbestattungen:	
a) Erwachsene	970,00 €
b) Kinder bis zu 5 Jahren	370,00 €
c) Tot- und Fehlgeburten, Leibesfrucht aus Schwangerschaftsabbruch	110,00 €
12. Erdumbettungen	
a) auf städt. Friedhöfen	2.250,00 €
b) Ausgrabungen einer Leiche zwecks Umbettung auf einen anderen, nicht-städtischen Friedhof ohne Überführung	1.740,00 €
13. Urnenerdbestattung	480,00 €
14. Urnenumbettung	270,00 €

zu Nr. 12 und 14:

Etwa entstehende Kosten für die Wiederherrichtung von beschädigten Nachbargräbern, ggf. für einen Ersatzsarg, sind gesondert zu erstatten.

Gebühren für das Abräumen und die Pflege einer Grabstelle:

15. Abräumen einer Grabstelle	200,00 €
16. Pflege einer abgeräumten Grabstelle (je volles Jahr der Restnutzungsdauer, mindestens jedoch eine Jahresgebühr)	
a) Einzelgrab (je Jahr)	38,00 €
b) Doppelgrab (je Jahr)	63,00 €
17. Pflege eines Rasenreihengrabes	
Sargbestattung (30 Jahre)	2.050,00 €
Urnbestattung (30 Jahre)	550,00 €

Dieser Gebührentarif tritt am 01.01.2021 in Kraft.

Bekanntmachungsanordnung

Die vorstehende Satzung wird hiermit gem. § 14 der Hauptsatzung der Kreisstadt Steinfurt vom 28.03.2017 (Abl. 09/2017, S. 60-69) in der zurzeit gültigen Fassung sowie gem. § 2 (4) der Bekanntmachungsverordnung vom 26.08.1999 (GV NRW. S. 516) in der zurzeit gültigen Fassung und des § 7 (4) der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen vom 14.07.1994 (GV NRW S. 666) in der zurzeit gültigen Fassung, öffentlich bekannt gemacht.

Es wird darauf hingewiesen, dass gem. § 7 (6) GO NRW die Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften dieses Gesetzes beim Zustandekommen dieser Satzung nach Ablauf eines Jahres seit dieser Bekanntmachung nicht mehr geltend gemacht werden kann, es sei denn

- e) eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt oder ein vorgeschriebenes Anzeigeverfahren wurde nicht durchgeführt,
- f) die Satzung, die sonstige ortsrechtliche Bestimmung oder der Flächennutzungsplan ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekannt gemacht worden,
- g) die Bürgermeisterin hat den Ratsbeschluss vorher beanstandet oder
- h) der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber der Gemeinde vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

Steinfurt, 14.12.2020

Az.: 20 12 15 / Ues

gez. Bögel-Hoyer
Bürgermeisterin

Bekanntmachung

Gebührentarif

vom 14.12.2020 gem. §§ 4 Abs. 6, 5 Abs. 4 der Satzung über die Erhebung von Gebühren, Beiträgen und Kostenersatz zur Entwässerungssatzung der Kreisstadt Steinfurt

Der Rat der Stadt Steinfurt hat in seiner Sitzung am 10.12.2020 nachstehenden Gebührentarif beschlossen:

§ 1

Gebührentarif

Die Benutzungsgebühr für die Inanspruchnahme der Entwässerungsanlage beträgt:

	Bezogene Frisch-Wassermenge
a) für die Ableitung des Schmutzwassers	1,14 €/m ³
b) für die Reinigung des Schmutzwassers	1,26 €/m ³
c) für die Starkverschmutzung gem. § 4 Abs. 7 - 11	
für Brauereien ein Zuschlag von	0,33 €/m ³
d) für die Ableitung und Reinigung des Schmutzwassers mittels Druckentwässerung	1,83 €/m ³

	Bebaute und befestigte Fläche
e) für die Ableitung und Reinigung des Niederschlagswassers	0,40 €/m ²
g) wie e) beim Auffangen gem. § 5 Abs. 6 der Satzung	0,20 €/m ²
h) wie e) bei Dachbegrünung gem. § 5 Abs. 5 der Satzung	0,08 €/m ²

	jährliche Grundgebühr
f) für die Erhebung und Abrechnung der Nebenmessstelle für Wasserschwindmengen (z.B. Gartenwasserzähler)	6,80 €/Zähler

§ 2

Inkrafttreten

Der Gebührentarif tritt am 01. Januar 2021 in Kraft.

Bekanntmachungsanordnung

Die vorstehende Satzung wird hiermit gem. § 14 der Hauptsatzung der Kreisstadt Steinfurt vom 28.03.2017 (Abl. 09/2017, S. 60-69) in der zurzeit gültigen Fassung sowie gem. § 2 (4) der Bekanntmachungsverordnung vom 26.08.1999 (GV NRW. S. 516) in der zurzeit gültigen Fassung und des § 7 (4) der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen vom 14.07.1994 (GV NRW S. 666) in der zurzeit gültigen Fassung, öffentlich bekannt gemacht.

Es wird darauf hingewiesen, dass gem. § 7 (6) GO NRW die Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften dieses Gesetzes beim Zustandekommen dieser Satzung nach Ablauf eines Jahres seit dieser Bekanntmachung nicht mehr geltend gemacht werden kann, es sei denn

- i) eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt oder ein vorgeschriebenes Anzeigeverfahren wurde nicht durchgeführt,
- j) die Satzung, die sonstige ortsrechtliche Bestimmung oder der Flächennutzungsplan ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekannt gemacht worden,
- k) die Bürgermeisterin hat den Ratsbeschluss vorher beanstandet oder
- l) der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber der Gemeinde vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

Steinfurt, 14.12.2020

Az.: 20 12 11 / Ues

gez. Bögel-Hoyer
Bürgermeisterin

Bekanntmachung

S a t z u n g

zur Änderung der Satzung zur Umlage der Kosten der Gewässerunterhaltung gem. § 64 LWG NRW der Kreisstadt Steinfurt vom 15.12.2017 (I. Nachtrag vom 14.12.2020)

Aufgrund der §§ 7, 8 und 9 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NRW S. 666), zuletzt geändert durch Art. 3 des Gesetzes vom 29.09.2020 (GV. NRW. S. 916), des Kommunalabgabengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (KAG NRW) vom 21.10.1969 (GV. NRW. S. 712), zuletzt geändert durch Gesetz vom 19.12.2019 (GV. NRW. S. 1029), der §§ 39 bis 42 des Wasserhaushaltsgesetzes des Bundes (WHG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 31.07.2009 (BGBl. I S. 2585) zuletzt geändert durch Gesetz vom 19.06.2020 (BGBl. I S. 1408), der §§ 62 bis 65 des Landeswassergesetzes NRW (LWG NRW) in der Fassung des Artikels 1 des Gesetzes zur Änderung wasser- und wasserverbandsrechtlicher Vorschriften vom 08.07.2016 (GV. NRW. S. 559), zuletzt geändert durch Gesetz vom 29.05.2020 (GV NRW. S. 376) hat der Rat der Kreisstadt Steinfurt in seiner Sitzung am 10.12.2020 die folgende Satzung beschlossen:

Artikel I

Der § 6 der Satzung zur Umlage der Kosten der Gewässerunterhaltung gem. § 64 LWG NRW der Kreisstadt Steinfurt vom 15.12.2017 erhält folgende Fassung:

- (1) Der Gebührensatz für Grundstücke, die im seitlichen Einzugsgebiet des Gewässernetzes des Wasser- und Bodenverbandes **Vechte und Steinfurter Aa** liegen, beträgt:

für versiegelte Flächen von Grundstücken pro m ² /Jahr:	0,032512 €
für unversiegelte Flächen von Grundstücken pro m ² /Jahr:	0,000359 €

- (2) Der Gebührensatz für Grundstücke, die im seitlichen Einzugsgebiet des Gewässernetzes des Wasser- und Bodenverbandes **Vechte und Gauxbach** liegen, beträgt:

für versiegelte Flächen von Grundstücken pro m ² /Jahr:	0,032512 €
für unversiegelte Flächen von Grundstücken pro m ² /Jahr:	0,000359 €

- (3) Der Gebührensatz für Grundstücke, die im seitlichen Einzugsgebiet des Gewässernetzes des Wasser- und Bodenverbandes **Steinfurter Aa** liegen, beträgt:

für versiegelte Flächen von Grundstücken pro m ² /Jahr:	0,019790 €
--	------------

für unversiegelte Flächen von Grundstücken pro m²/Jahr: 0,000219 €

- (4) Der Gebührensatz für Grundstücke, die im seitlichen Einzugsgebiet des Gewässernetzes des Wasser- und Bodenverbandes **Frischobach** liegen, beträgt:

für versiegelte Flächen von Grundstücken pro m²/Jahr: 0,032512 €

für unversiegelte Flächen von Grundstücken pro m²/Jahr: 0,000359 €

- (5) Der Gebührensatz für Grundstücke, die im seitlichen Einzugsgebiet des Gewässernetzes des Wasser- und Bodenverbandes **Emsdettener Mühlenbach und Nordwalder Aa** liegen, beträgt:

für versiegelte Flächen von Grundstücken pro m²/Jahr: 0,033926 €

für unversiegelte Flächen von Grundstücken pro m²/Jahr: 0,000374 €

Artikel II

Diese Satzung tritt am 01.01.2021 in Kraft.

Bekanntmachungsanordnung

Die vorstehende Satzung wird hiermit gem. § 14 der Hauptsatzung der Kreisstadt Steinfurt vom 28.03.2017 (Abl. 09/2017, S. 60-69) in der zurzeit gültigen Fassung sowie gem. § 2 (4) der Bekanntmachungsverordnung vom 26.08.1999 (GV NRW. S. 516) in der zurzeit gültigen Fassung und des § 7 (4) der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen vom 14.07.1994 (GV NRW S. 666) in der zurzeit gültigen Fassung, öffentlich bekannt gemacht.

Es wird darauf hingewiesen, dass gem. § 7 (6) GO NRW die Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften dieses Gesetzes beim Zustandekommen dieser Satzung nach Ablauf eines Jahres seit dieser Bekanntmachung nicht mehr geltend gemacht werden kann, es sei denn

- m) eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt oder ein vorgeschriebenes Anzeigeverfahren wurde nicht durchgeführt,
- n) die Satzung, die sonstige ortsrechtliche Bestimmung oder der Flächennutzungsplan ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekannt gemacht worden,
- o) die Bürgermeisterin hat den Ratsbeschluss vorher beanstandet oder
- p) der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber der Gemeinde vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

Steinfurt, 14.12.2020

Az.: 20 12 11 / Ues

gez. Bögel-Hoyer
Bürgermeisterin

Bekanntmachung

S a t z u n g

zur Änderung der Satzung über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren (Straßenreinigungs- und Gebührensatzung) im Gebiet der Kreisstadt Steinfurt (VIII. Nachtrag vom 14.12.2020)

Aufgrund des § 7 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NRW S. 666), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 29.09.2020 (GV NRW S. 916), der §§ 3 und 4 des Gesetzes über die Reinigung öffentlicher Straßen (StrReinG) vom 18.12.1975 (GV NRW S. 706), zuletzt geändert durch Gesetz vom 25.10.2016 (GV NRW S. 868) sowie der §§ 4 und 6 des Kommunalabgabengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (KAG) vom 21.10.1969 (GV NRW S. 712), zuletzt geändert durch Gesetz vom 19.12.2019 (GV NRW 2018 S. 1029) hat der Rat der Kreisstadt Steinfurt in seiner Sitzung am 10.12.2020 folgende Satzung beschlossen:

Artikel I

§ 6 Abs. 4 erhält folgende Fassung:

Die Benutzungsgebühr je Frontmeter (Absätze 1 bis 3) beträgt jährlich:

- Anliegerstraße	1,34 €
- Hauptverkehrsstraße	1,07 €
- Fußgängergergeschäftsstraßen/ verkehrsberuhigte Bereiche	9,44 €

Wird mehrmals wöchentlich gereinigt, vervielfacht sich die Benutzungsgebühr entsprechend.

Artikel II

Diese Satzung zur Änderung der Satzung über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren (Straßenreinigungs- und Gebührensatzung) im Gebiet der Kreisstadt Steinfurt tritt am 01. Januar 2021 in Kraft.

Bekanntmachungsanordnung

Die vorstehende Satzung wird hiermit gem. § 14 der Hauptsatzung der Kreisstadt Steinfurt vom 28.03.2017 (Abl. 09/2017, S. 60-69) in der zurzeit gültigen Fassung sowie gem. § 2 (4) der Bekanntmachungsverordnung vom 26.08.1999 (GV NRW. S. 516) in der zurzeit gültigen Fassung und des § 7 (4) der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen vom 14.07.1994 (GV NRW S. 666) in der zurzeit gültigen Fassung, öffentlich bekannt gemacht.

Es wird darauf hingewiesen, dass gem. § 7 (6) GO NRW die Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften dieses Gesetzes beim Zustandekommen dieser Satzung nach Ablauf eines Jahres seit dieser Bekanntmachung nicht mehr geltend gemacht werden kann, es sei denn

- q) eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt oder ein vorgeschriebenes Anzeigeverfahren wurde nicht durchgeführt,

- r) die Satzung, die sonstige ortsrechtliche Bestimmung oder der Flächennutzungsplan ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekannt gemacht worden,
- s) die Bürgermeisterin hat den Ratsbeschluss vorher beanstandet oder
- t) der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber der Gemeinde vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

Steinfurt, 14.12.2020

Az.: 20 12 10 / Ues

gez. Bögel-Hoyer
Bürgermeisterin

Bekanntmachung

Entwurf der Haushaltssatzung der Kreisstadt Steinfurt für das Haushaltsjahr 2021

Aufgrund des § 80 Abs. 3 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NRW Seite 666 ff.), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 29. September 2020 (GV. NRW. S. 916), wird bekannt gemacht, dass der Entwurf der Haushaltssatzung der Kreisstadt Steinfurt für das Haushaltsjahr 2021 mit Anlagen ab dem 17.12.2020 im Rathaus, Emsdettener Straße 40, 48565 Steinfurt, Zimmer 131, zur Einsicht öffentlich ausliegt. Für die Einsichtnahme ist eine telefonische Anmeldung (02552/925 -131 oder -133) erforderlich. Darüber hinaus ist die Einsichtnahme über die Internetseite der Kreisstadt Steinfurt möglich

(<https://www.steinfurt.de/Politik-2-Verwaltung/Rathaus/Haushaltsinformationen.htm?>).

Einwendungen können von Einwohnerinnen und Einwohnern und Abgabepflichtigen bis zum 22.01.2021 der Bürgermeisterin der Kreisstadt Steinfurt, Emsdettener Straße 40, 48565 Steinfurt, schriftlich zugeleitet oder mündlich zu Protokoll gegeben werden.

Steinfurt, 14.12.2020

Az.: 20/Ues

gez. Bögel-Hoyer
Bürgermeisterin

Bekanntmachung

Öffentliche Bekanntmachung über das Widerspruchsrecht gegen die Übermittlung von Daten gemäß §§ 36, 42 und 50 Bundesmeldegesetz (BMG) bzw. das Einwilligungserfordernis gemäß § 44 Absatz 3 Nr. 2 BMG

Nach den Bestimmungen des Bundesmeldegesetzes haben Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit, gegen einzelne regelmäßig oder auf Anfrage durchzuführende Datenübermittlungen der Meldebehörde Widerspruch zu erheben.

Folgende Widerspruchsmöglichkeiten sind gegeben:

1. Widerspruch gegen die Übermittlung von Daten an das Bundesamt für das Personalmanagement der Bundeswehr

Nach § 58b Absatz 1 Satz 1 des Gesetzes über die Rechtstellung der Soldaten (Soldatengesetz - SG) in Verbindung mit § 36 Absatz 2 BMG übermitteln die Meldebehörden dem Bundesamt für das Personalmanagement der Bundeswehr zum Zweck der Übersendung von Informationsmaterial jährlich bis zum 31. März folgende Daten zu Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit, die im nächsten Jahr volljährig werden:

- Familienname
- Vornamen
- gegenwärtige Anschrift.

2. Widerspruch gegen die Übermittlung von Daten an eine öffentlich-rechtliche Religionsgesellschaft

Haben Mitglieder einer öffentlich-rechtlichen Religionsgesellschaft Familienangehörige, die nicht derselben oder keiner öffentlich-rechtlichen Religionsgesellschaft angehören, darf die Meldebehörde gemäß § 42 Absatz 2 BMG von diesen Familienangehörigen folgende Daten übermitteln:

- Vor- und Familiennamen,
- Geburtsdatum und Geburtsort,
- Geschlecht,
- Zugehörigkeit zu einer öffentlich-rechtlichen Religionsgesellschaft,
- derzeitige Anschriften,
- Auskunftssperren nach § 51 BMG sowie
- Sterbedatum.

3. Widerspruch gegen die Übermittlung von Daten an Parteien, Wählergruppen u.a. bei Wahlen und Abstimmungen

Die Meldebehörde darf gemäß § 50 Absatz 1 BMG Parteien, Wählergruppen und anderen Trägern von Wahlvorschlägen im Zusammenhang mit Wahlen und Abstimmungen auf staatlicher und kommunaler Ebene in den sechs der Wahl oder Abstimmung vorangehenden Monaten Auskunft aus dem Melderegister über die in § 44 Absatz 1 Satz 1 BMG bezeichneten Daten von Gruppen von Wahlberechtigten erteilen, soweit für deren Zusammensetzung das Lebensalter bestimmend ist. Die Geburtsdaten der Wahlberechtigten dürfen dabei nicht mitgeteilt werden.

4. Widerspruch gegen die Übermittlung von Daten aus Anlass von Alters- oder Ehejubiläen an Mandatsträger, Presse oder Rundfunk

Verlangen Mandatsträger, Presse oder Rundfunk Auskunft aus dem Melderegister über Alters- oder Ehejubiläen von Einwohnern, darf die Meldebehörde nach § 50 BMG Auskunft erteilen über

- Familienname,

- Vornamen,
- Doktorgrad,
- Anschrift sowie
- Datum und Art des Jubiläums.

5. Widerspruch gegen die Übermittlung von Daten an Adressbuchverlage

Die Meldebehörde darf gemäß § 50 Absatz 3 BMG Adressbuchverlagen zu allen Einwohnern, die das 18. Lebensjahr vollendet haben, Auskunft erteilen über

- Familienname,
- Vornamen,
- Doktorgrad und
- derzeitige Anschriften.

Die übermittelten Daten dürfen nur für die Herausgabe von Adressbüchern (Adressenverzeichnisse in Buchform) verwendet werden.

Im nachstehenden Fall werden Daten nur weitergegeben, wenn Sie vorher ausdrücklich eingewilligt haben.

Die Übermittlung von Daten in Form einer einfachen Melderegisterauskunft, die für Zwecke der Werbung oder des Adresshandels verwendet werden sollen, ist gemäß § 44 Absatz 3 Nr. 2 BMG nur zulässig, wenn die betroffene Person in die Übermittlung für jeweils diesen Zweck ausdrücklich eingewilligt hat .

Der Widerspruch gilt unbefristet im Verantwortungsbereich der Kreisstadt Steinfurt, bis zu einer gegenteiligen Erklärung.

Das Antragsformular ist im Meldeamt erhältlich oder kann über die Internetseite der Kreisstadt Steinfurt www.steinfurt.de abgerufen werden.

Der Widerspruch oder die Einwilligung sind schriftlich oder zur Niederschrift zu erklären bei der

Kreisstadt Steinfurt,

Emsdettener Straße 40, 48565 Steinfurt,
Sachgebiet Einwohner- und Meldewesen,

Tel.: 02552 925-0, Fax: 02552 925-380, eMail: Meldewesen@stadt-steinfurt.de

Steinfurt, 14.12.2020

Kreisstadt Steinfurt

gez. Bögel-Hoyer
Die Bürgermeisterin
